

Grüne fordern Ausschuss zu Fall Edathy

Opposition unzufrieden mit Aussage des BKA-Chefs

VON MARKUS DECKER

Als sich die Tür zum Saal des Bundestags-Innenausschusses öffnete, offenbarte sich Interessantes. Man sah die Mitglieder der Opposition in ein intensives Gespräch vertieft, allen voran die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jan Korte (Linke) und Konstantin von Notz (Grüne). Auch wenn man nicht hören konnte, worum es ging – offenbar wurde über die Frage diskutiert: Was machen wir jetzt? Hinter der Tür war der Ausschuss-Vorsitzende Wolfgang Bosbach (CDU) in einen Streit mit dem innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU) verwickelt. Da schien es ebenfalls um die Frage zu gehen: Wie weiter?

Polizist bezog Kinderpornos

Vier Mal hat der Innenausschuss den Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, zur Klärung der Edathy-Affäre in das Gremium zitiert. Aber auch nach dem vierten Mal sieht die Opposition ihre Fragen nicht beantwortet. Daher fordern die Grünen nun einen Untersuchungsausschuss. Damit wird die Affäre wieder brisant.

Nach Bekanntwerden der Ermittlungen gegen den einstigen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy wegen mutmaßlicher Kinderpornografie ging es um ein Telefonat, das der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann

„Die Anhörung ist eine parlamentarische Peinlichkeit.“

Konstantin von Notz, Grüne

mit Ziercke geführt hatte. Oppermann hatte zunächst behauptet, Ziercke habe ihm die einschlägigen Informationen bestätigt. Später verbreiteten beide, der SPD-Fraktionschef habe nicht konkret nachgefragt und der BKA-Präsident nicht konkret geantwortet. Man habe sich gleichsam wortlos verstanden. Glaubhaft schien das nicht. Danach wurde durch einen Medienbericht publik, was Ziercke verschwiegen hatte: Neben Edathy stand ein leitender BKA-Beamter auf der Kundenliste des kanadischen Kinderpornohändlers.

Noch später stellte sich heraus, dass im Zuge eines Anschlags auf den Briefkasten eines Edathy-Büros BKA-Beamte registrierten, dass dessen Name auch in einer Datenbank im Zusammenhang mit kinderpornografischen Verdächtigungen genannt wurde, angeblich ohne dem weiter nachzugehen. Überhaupt fragen sich viele, warum vom Eintreffen der Kundenliste beim BKA 2011 bis zur expliziten Entdeckung Edathys im Herbst 2013 zwei Jahre vergingen. Am Mittwoch wurde öffentlich, dass neben dem leitenden BKA-Beamten ein Polizist aus Mecklenburg-Vorpommern Kinderpornos aus Kanada bezog.

In der Sitzung am Mittwoch entzündete sich der Streit nicht zuletzt am Verfahren. Auf Betreiben der Koalitionsabgeordneten bekam Ziercke zunächst Gelegenheit, erneut seine Sicht der Dinge darzulegen, bevor untergeordnete Beamte zum selben Sachverhalt befragt wurden. Die Opposition argwöhnt, dass die Aussagen der Beamten im Sinne des Präsidenten vorgezeichnet waren.

Opposition lobt Bosbach

Politisch ist die Situation paradox. Linke und Grüne wollten eigentlich keinen Untersuchungsausschuss. Von Notz monierte nach der Sitzung jedoch, der Aufklärungswille der Koalition tendiere hart gegen null. Weil man im Innenausschuss nicht weiterkomme, führe an einem Untersuchungsausschuss kein Weg vorbei. Dieser solle kurz und „keine Show-Veranstaltung“ sein. Korte will sich noch nicht festlegen.

Einig sind sich die beiden in ihrem Respekt für Ausschusschef Bosbach. Er spiele eine tadellose Rolle, so Korte, „im Gegensatz zum Rest seiner Fraktion“. Tatsächlich weigert sich der CDU-Politiker gegen Druck aus den eigenen Reihen, in der Affäre klein beizugehen. Anders CSU-Innenexperte Mayer. Er sieht „keine Grundlage für die Skandalisierung dieses Vorgangs“.

Ein Ruck nach rechts, ein Ruck nach links

Ein Sozialist alter Schule wird in Frankreich Wirtschaftsminister. Ségolène Royal kehrt zurück ins Kabinett

VON AXEL VEIEL

PARIS. Keine 36 Stunden nach seiner Ernennung zum französischen Ministerpräsidenten hat Manuel Valls am Mittwoch auch schon sein Kabinett präsentiert. Es trägt ganz die Handschrift des Präsidenten François Hollande. Mit 16 Ministerinnen und Ministern ist es deutlich kleiner als das alte, das noch 34 Regierungsmitglieder zählte. Valls hat also dem Wunsch Hollandes nach einem „reduzierten, schlagkräftigen Team“ Rechnung getragen. Vor allem aber zeugt die Ministerliste vom Bestreben des Staatschefs, dem linken Flügel seiner Sozialistischen Partei Zugeständnisse zu machen. Den hatte er nämlich am Montagabend durch die Ernennung des eher sozialliberalen Valls zum Regierungschef kräftig verprellt.

So wird der bisher allein mit der Wiederaufrichtung der darniederliegenden Industrie betraute Partei-Linksaußen Arnaud Montebourg künftig auch noch das Wirtschaftsministerium leiten und obendrein für Digitales zuständig sein. Ein weiterer Sozialist alter Schule, Benoît Hamon, der sich bislang im Wirtschaftsministerium als beigeordneter Minister um Soziales und Solidarität zu kümmern hatte, rückt an die Spitze des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Den Koalitionspartner provoziert

Ségolène Royal, die zuletzt in die Regionalpolitik abgetauchte Ex-Präsidentenkandidatin der Sozialisten, einstige Lebensgefährtin Hollandes und Mutter der gemeinsamen vier Kinder, darf nach der Trennung des Staatschefs von Valérie Trierweiler ein Comeback auf Landesebene feiern. Sie bekam das Umwelt- und Energieministerium zugesprochen. Die ebenfalls dem linken Flügel der PS zugerechnete Politikerin profitiert vom Rückzug der Grünen, die in Frankreich deutlich links von den Sozialisten stehen. Deren Führung hatte die Ernennung von Valls zum Premierminister als Provokation aufgefasst und die Zusammenarbeit mit der Regierung am Dienstagabend angekündigt – gegen den entschiedenen Widerstand der meisten Abgeordneten der Partei.



Ségolène Royal, die frühere Lebensgefährtin des Präsidenten François Hollande, ist zurück in der ersten Liga der französischen Politik.

Die fabelhafte Welt des roten Dany

Daniel Cohn-Bendit zieht eine Europa-Bilanz

VON PETER RIESBECK

BRÜSSEL. Es ist der Abend, an dem der FC Bayern gegen Manchester spielt. Das zu ignorieren, fällt selbst einem Fan von Eintracht Frankfurt schwer. Ab und an unterbricht Daniel Cohn-Bendit seine Analyse, um zu fragen: „Wie steht's?“ Es war die entscheidende Frage – was das Resultat in der Champions League betrifft und auch, was Europa angeht. „Europa kommt voran“, sagt Cohn-Bendit zum Schluss eines Abends, der gar nichts von wehmütigem Abschied hatte.

Cohn-Bendit wird am Freitag 69. Nach 20 Jahren verlässt er das Europaparlament, aber nicht die öffentliche Bühne. Er will Zeit haben zum Schreiben, etwa ein Buch über jüdische Identität. Zum Abschied veranstalten die Grünen am Sonnabend in Brüssel einen Kongress. Joschka Fischer wird kommen. Es geht um Europa. Wie es darum steht, machte Cohn-Bendit schon vorab klar. Was er von Martin Schulz als nächstem Kommissionspräsidenten hielte? „In Zeiten einer deutschen Hegemonie auch noch ein deutscher Chef der EU-Kommission – Unilateralismus. Ein falsches Signal.“ Und Jean-Claude Juncker? „War schon als Chef der Eurogruppe ein Trauerspiel.“ Knappe Analyse, knackige These, so ging das an diesem Abend.

Die Grünen haben zum Abschiedessen ins Restaurant „Tomate rouge“ geladen. Rote Tomate, das passt zu Dany le Rouge. Der sagt: „Ich bin immer noch emotional.“ Das ist zu spüren. Etwa bei der Debatte über die Ukraine. Cohn-Bendit entdeckt eine „europäische

Entwicklung“ bei Angela Merkel. Aber nicht in der deutschen Öffentlichkeit. Dort macht sich derzeit ein politisches Tierchen breit, das Cohn-Bendit überrascht: der Russlandverteher. Cohn-Bendit spricht ironisch von der „fünften Kolonne Moskau“. Mit Blick auf die ukrainische Übergangsregierung und deren rechten Rand sagt er: „Niemand weiß, wie eine Revolution ausgeht.“ Wann sei denn die Französische Revolution vollendet worden? „Mit der Einführung des Frauenwahlrechts in Frankreich 1945“, antwortet er sich selbst. Eine Revolution dauere, und sie kenne Brüche. „Ich war im Europaparlament auch nicht mehr der, der 1968 auf den Barrikaden stand.“

So viel zur Vergangenheit. Und die Zukunft? „Europa müsste jährlich eine Million Menschen ins Ausland schicken – und nicht nur Studenten“, sagt Cohn-Bendit. Warum? Weil es dann so kommt: Man ist jung, man liebt sich. Europa kann auch unterhalb der institutionellen Ebene vorankommen. Es müsste nur mehr Liebe wagen.

Cohn-Bendit sprach über die kleinen Lasten des Alters und die überstandene Krebserkrankung. Aber Melancholie kam nicht auf. Der Abgeordnete Cohn-Bendit wird in zwei Wochen noch einmal nach Straßburg reisen. Dann ist das Kapitel Europaparlament beendet. Nicht das Kapitel Arbeit. Schon im Juni wird sich Cohn-Bendit auf den Weg nach Brasilien machen für ein Roadmovie über den Fußball, seine gesellschaftliche Kraft und die Schönheit des Spiels. Nicht nur leid-geprüfte Eintracht-Fans wissen: Das Leben geht weiter.



Daniel Cohn-Bendit

Palästinenser setzen Israel unter Druck

Abbas unterzeichnet internationale Verträge

VON INGE GÜNTHER

JERUSALEM. Es war ein symbolischer Befreiungsschlag. Entsprechend schwungvoll zeichnete Mahmud Abbas, der palästinensische Präsident, im Kreise hoher PLO-Vertreter in Ramallah am Dienstagabend 15 Verträge und Dokumente zum Beitritt zu internationalen Organisationen ab. Die Inszenierung sollte der Welt und seinem eigenen Volk demonstrieren, dass selbst ihm, dem stets moderaten und verhandlungsbereiten Abbas, die Geduld reifen kann.

Bislang hat Abbas auf den diplomatischen Prozess gesetzt. Gewonnen hat er dabei wenig. Nicht einmal die vierte und letzte Etappe der Amnestie von 104 palästinensischen Gefangenen, die Israel im letzten Sommer bei der Wiederaufnahme der Friedensgespräche zugesagt hatte, lief fristgerecht über die Bühne. Auch in diesem Nebenkrieg, der mit dem eigentlichen Verhandlungsziel einer Zwei-Staaten-Lösung nicht unmittelbar zusammenhängt, musste US-Außenminister John Kerry persönlich vermitteln.

Kerry versucht zu vermitteln

Abbas braucht Erfolge. Einen Vorschlag zur Güte hat Kerry bereits präsentiert. 400 weitere palästinensische Gefangene von insgesamt 5000 soll Israel freilassen. Netanjahu soll zudem zu einem begrenzten und inoffiziellen Siedlungsstopp verpflichtet werden. Dafür winkt eine Belohnung noch vor dem Pessah-Fest: die Begnadigung von Jonathan Pollard, der wegen Spionage für Israel seit 29 Jahren in US-Gefängnissen einsitzt. In den USA gibt es jedoch erhebliche Widerstände des Geheimdienstes, Pollard freizulassen.

Da sich die Sozialisten in der Nationalversammlung einer absoluten Mehrheit erfreuen, können sie im Prinzip auch ohne die Grünen regieren. Sollte der linke Flügel der PS sich allerdings auch noch verweigern, was bei anstehenden Beschlüssen zur Abgabensenkung für Unternehmen oder geplanten Sparmaßnahmen gut vorstellbar erscheint, dann könnte die Regierungsmehrheit durchaus ins Wanken geraten.

Auch um möglichst wenig neue Gräben aufzureißen, haben der Staatschef und sein neuer Premier auf Kontinuität geachtet. Einmal abgesehen vom bisherigen Wirtschaftsminister Pierre Moscovici, der bei der Regierungsumbildung leer ausgegangen ist, sind die Schwergewichte des alten Kabinetts auch im neuen präsent. So bleibt Laurent Fabius Außen- und Jean-Yves Le Drian Verteidigungsminister. Christiane Taubira darf trotz einiger Patzer und ihrer offenkundigen Abneigung gegen den für Soziales bisher wenig empfänglichen Manuel Valls als Justizministerin weitermachen.

Ein wenig Vertrauensvorschuss

Die junge, aufstrebende Frauenrechtsministerin Najat Vallaud-Belkacem behält ebenfalls ihr Amt und bekommt auch noch die Ressorts Städtebau, Jugend und Sport zugeschlagen. Stéphane Le Foll bleibt Landwirtschaftsminister, erhebt künftig aber auch noch als Regierungssprecher die Stimme.

Auf anderen Positionen gab es Rochaden. So rückt der bisherige Finanzminister Bernard Cazeneuve an die Spitze des Innenministeriums, der bisherige Arbeitsminister Michel Sapin versucht sich fortan als Finanzminister, Senatspräsident François Rebsamen übernimmt ab sofort die Leitung des Arbeitsministeriums.

Der Vertrauensvorschuss, den das Volk der neuen Regierung gewährt, ist offenbar gering. Laut einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop begrüßen zwar 60 Prozent der Franzosen die Ernennung des früheren Innenministers Valls zum Regierungschef. Ebenfalls 60 Prozent glauben aber, dass er es letztlich nicht besser machen wird als sein Vorgänger.

„Warum dürfen wir nicht sein, wie wir sind?“

Katalonien nimmt Kurs auf Unabhängigkeit von Spanien

VON HINNERK BERLEKAMP

Mit der Krim, darauf muss Roger Albiniana bestehen, lässt sich Katalonien überhaupt nicht vergleichen. „Das Abspaltungsreferendum dort war nicht legitim, es fand unter Druck statt, das Verfahren entsprach nicht demokratischen Bräuchen“, sagt der Sekretär für Auslandsbeziehungen der Regionalregierung in Barcelona. Wie könne es da Parallelen zu dem Referendum am 9. November geben, bei dem die Katalanen über eine Abtrennung von Spanien entscheiden wollen?

Fünf Tage lang hat der Außenbeauftragte fünf deutsche Bundesländer besucht und überall erläutert, warum Katalonien, die wirtschaftlich stärkste Region Spaniens, nicht länger von Madrid aus regiert werden will. „30 Jahre lang haben wir uns darum bemüht, dass Spanien ein föderaler oder konföderaler Staat wird“, sagt Albiniana im Gespräch mit der Berliner Zeitung. „Wir waren bereit, unsere eigenen Bestrebungen in Einklang zu bringen mit den Bestrebungen anderer in einem Spanien verschiedener Nationen, verschiedener Kulturen, verschiedener Sprachen. Wir sind gescheitert. Spanien will nicht mit uns verhandeln, ja nicht einmal mit uns reden. Und jetzt ist ein großer Teil der katalanischen Gesellschaft müde, noch länger zu warten.“

Der 33-Jährige erinnert an den Streit um das Statut, die in zähen Verhandlungen mit der Zentralregierung in Madrid abgestimmte Regionalverfassung. In ihr war Katalonien als eine eigene Nation anerkannt. Das spanische Verfassungsgericht jedoch erklärte 2010 auf Antrag der heute in Madrid regierenden Konservativen diesen und 13 weitere Artikel für null und nichtig. Damit war das Tisch Tuch zerschnitten. Seither wird der Ruf nach Abspaltung von Spanien immer lauter. In einer von der Regionalregierung in Auftrag gegebenen Umfrage Ende 2013 sprachen sich 55 Prozent der Katalanen für und nur 22 Prozent gegen die Unabhängigkeit aus.

Es geht nicht nur um verletzte Eitelkeiten, es geht auch um sehr praktische Dinge. „Nehmen wir das neue spanische Bildungsgesetz“, sagt Albiniana. „Seit den 80er-Jahren wird in Katalonien überwiegend auf Katalanisch unterrichtet, denn wer zum Beispiel in Barcelona arbeiten will, der braucht die Sprache ganz einfach. Daneben gibt es natürlich Unterricht in Spanisch, in Englisch, an manchen Schulen auch in Deutsch, und es funktioniert gut. Das neue Gesetz aber nimmt dem Katalanischen seinen Vorrang, in einigen Schulen wird es gar zu einer sekundären Sprache. Das empfinden wir als einen Angriff.“

Noch ein Beispiel? „In Finnland sind nur acht Prozent der Bevölkerung schwedische Muttersprachler, aber im Parlament darf man Schwedisch sprechen. Das Land ist stolz auf seine Zweisprachigkeit. Im spanischen Parlament aber darf man bis zum heutigen Tage nicht Katalanisch sprechen. Warum nicht? Warum dürfen wir nicht so sein, wie wir wirklich sind?“

Wie aber will Katalonien die Unabhängigkeit erringen, wenn Rest-Spanien sich dem verweigert? Auf streng demokratischem Wege, versichert Albiniana – indem man die Menschen abstimmen lässt. „Wir haben einen Gesetzentwurf vorbereitet, der das Recht, Volksabstimmungen abzuhalten, vom Zentralstaat auf die Regionen überträgt. Am kommenden Dienstag wird das Parlament in Madrid darüber abstimmen.“ Und wenn die große Mehrheit erwartungsgemäß Nein sagt? „Dann wird das katalanische Parlament im September ein eigenes Gesetz über Volksbefragungen erlassen. Dieses Recht haben wir nach Artikel 122 des Statuts.“ Und wenn dann am 9. November eine Mehrheit für die Selbstbestimmung votiere – dann habe die katalanische Regierung ein Mandat für Verhandlungen, das auch Madrid nicht länger ignorieren könne.



JOPROJ BEDMAR
Roger Albiniana, Außenbeauftragter von Katalonien